



Stadtinfo Nr. 16
Januar 2013

Marburg



Guten Tag.

Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der *MARBURGER LINKEN* und Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich selbst für besonders wichtig halte.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, zum Beispiel auch hier beim Flugblatt-Verteilen, über www.marburger-echo.de oder via Email: t.bauder@gmx.de

Soziale Schieflage

Soziale Schieflage in Marburg! Denn ein Aufzug zum Schloss erscheint einer großen Mehrheit von Magistrat und Parlamentariern notwendiger als angemessener Wohnraum!

Die letzte Stadtverordnetenversammlung (STVV) begann mahndend und gedenkend, denn vor achtzig Jahren, am 30. Januar 1933 wurde die politische Macht in Deutschland an das Kabinett Hitler übertragen. Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer erinnerte vor allem an die heimischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die schnell an der Ausübung ihrer politischen Mandate gehindert wurden. Deutsche Faschisten brachten unendlich viel Leid über die Menschen in aller Welt. Ohne die tatkräftige Unterstützung der deutschen Banken und Konzerne, sowie weiten Teilen der Bevölkerung wäre das Grauen der Hitler-Diktatur kaum möglich geworden.

Mehr als sechs Millionen Menschen, die als rassische Juden angesehen wurden, ethnischen Minderheiten wie Roma und Cinti angehörten oder Homosexuelle waren, wurden vergast, erschossen, erschlagen oder zu Tode gearbeitet. Menschen, die als Christen_innen, Gewerkschafter_innen, Sozialdemokrat_innen oder Kommunist_innen den Mut fanden, Widerstand gegen den Hitlerfaschismus zu leisten, wurden erniedrigt, gequält und zu Tausenden liquidiert. Hunderttausende Zwangsarbeiter_innen starben in den Industrieanlagen und Bergwerken der deutschen Kriegsindustrie. Zehntausende Behinderte fielen dem wahnsinnigen Euthanasieprogramm zum Opfer. Sie alle wurden ermordet oder für die so genannte medizinische Forschung missbraucht und getötet. 55 Millionen Menschen starben weltweit infolge des II. Weltkriegs.

"Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" schworen die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald. Mit beispiellosem Mut haben die Häftlingen zwei Tage vor dem Eintreffen der US-Truppen ihre SS-Bewacher entwaffnet und damit Tausenden das Leben gerettet. Diese Tat sollte uns auch heute zum Widerstand ermutigen!

In der STVV folgten darauf diesmal lediglich zwei Aussprachen, einmal zum Schrägaufzug und einmal zu Wohnungsfragen in Marburg. Die Debatte um den Schrägaufzug war erhellend, denn der Fraktionsvorsitzen-

de der CDU, Philipp Stompfe, erwärmte sich in solch überraschend starkem Maße für eine Idee des SPD-Oberbürgermeisters Egon Vaupel, dass nur ein Schelm böses denkt, wenn man dabei auf die Idee kommt, dass er seinen braven Diener nicht vor Egon Vaupel, sondern vor dem Ehrenbürger dieses Städtchens Herrn Pohl macht. Bekanntlich beglückte Herr Pohl die Stadt letztes Jahr mit 4 Millionen €, um die Idee eines Schrägaufzugs umzusetzen. Diese 4 Millionen € konnten hierfür jedoch nicht direkt genutzt werden. Die Debatte glich daher auch mehr einer Karnevalssitzung als einer ernstzunehmenden Auseinandersetzung... Letztlich ist festzuhalten, dass sich die CDU bedauerlicherweise von der Forderung nach einem neuen Sporthallenbau verabschiedet hat und stattdessen ihr Heil im Aufzug aufs Schloßchen sucht. Ich denke aber, von einer Sporthalle, die dem Ruf Marburgs gerecht wird, wäre der Universitätsstadt deutlich mehr gedient! Nutznießer wäre eine große Allgemeinheit, die dank der neuen Sporthalle zudem auch noch in Zukunft fit genug wäre, um zum Schloss zu gelangen! Daneben gibt es ja aber auch eh noch eine Busverbindung, die besser getaktet, ohne Probleme deutlich mehr Menschen hinauf zum Schloss befördern könnte.

Da die Stadt Marburg aber weitaus bedeutendere Probleme hat, ging es in der zweiten Aussprache endlich um die Frage des Wohnens in und um Marburg. Dazu haben die Fraktionen Marburger Linke und Bündnis90/Die Grünen große Anfragen eingebracht. Acht Monate ließ sich der Magistrat Zeit zu antworten - allerdings geschah dies dann auch sehr umfangreich und hierfür gilt der Dank an die Mitarbeiter_innen der Stadt Marburg.

Ebenfalls ein großer Dank an die lokale Agenda Gruppe, welche bereits im September letzten Jahres zu einer Veranstaltung zum Thema „Sozialer Wohnungsbau in Marburg“ einlud. Dort wurden viele Probleme, Fehlstände und der dringende Handlungsbedarf zur Schaffung von bezahlbarem, zeitgemäßem und bedürfnisorientiertem zusätzlichem Wohnraum sichtbar. Die ich auch hier an einigen Beispielen noch mal aufzeigen möchte. Zum einen die Wohnbebauung an der neuen Kassler Straße - diese spielt den ortsbekanntem Schreyer und Schreyer Immo-

lien viel Geld in die Taschen, vor allem aufgrund der Notwendigkeit für, aber des tatsächlichen Fehlens adäquaten Wohnraums. Die hier die mehrfach eingeforderte Bürgerversammlung durch die Ortenberggemeinde ließ lange auf sich warten und die vielen Ideen und Forderungen, beispielsweise nach attraktiven und nötigen Familienwohnungen wurden nicht aufgegriffen, da nicht profitabel genug vermietet werden kann. Auch die dringend benötigten Freizeitflächen für Kinder und junge Heranwachsende fanden keinen Eingang in die Planungen der Stadt Marburg.

Die MARBURGER LINKE begleitet die Bauleitplannungen der Stadt Marburg kritisch. Unsere Zielsetzung ist hierbei, die Bewahrung des Charakters der historischen Altstadt, der Schutz des Landschaftsbildes, aber vor allem auch die Einbindung und Ausrichtung des Wohnbedarfs an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Es sind die Bürger_innen Marburgs die unsere Stadt prägen und liebenswert machen und nicht der abfallende Gewinn, der nur den Immobilienunternehmen in die Hände fällt. Denn dass Letzteres im Vordergrund steht, sieht man gerade in unserer Stadt, lukrativ ist es allemal, denn Wohnraum wird so lange knapp und teuer bleiben, solange bis sich die Verantwortlichen, und hierzu zählen auch das Land Hessen und der Bund, gezielt für eine andere Wohnungspolitik stark machen, vielleicht kann der Runde Tisch „Wohnen“, der eingerichtet wird und nächsten Monat zum ersten Mal tagt ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Neben Schreyer und Schreyer Immobilien, deren Vorgänger und Vater auch den „architektonisch bedeutsamen Affenfelsen“ verwirklichten und wie eingangs erwähnt nun viel neues rund um die neue und alte Kasseler Strasse bauen, hört man längst schon die Spatzen vom Dach pfeifen, dass weitere 8000 qm Land der Stadfläche Marburgs in das Eigentum des ehrenwerten Herrn Pohl überwechselte. Die Rede ist von der Grundstücksfläche in der Nähe der Gisselberger-Straße.

Auch auf dem Gelände der SKV Sprengstoff- und Kunststoff-Vertrieb Hessen – soll nun ebenfalls Wohnraum entstehen, natürlich soll er Gewinn abwerfen – Bürgerbeteiligung natürlich Fehlanzeige!

Bisher war die Antwort der Stadt Marburg, wenn es um Wohnraumschaffung auch für ärmere Menschen ging, die Uferstraße, ehemals Kreis-Job-Center. Der Kaltmietpreis sollte dort bei knapp 10 € liegen. Nun, nachdem der Umbau fast fertig ist, soll hier jedoch kein Wohnraum für ärmere Menschen geschaffen werden, sondern das Schwesternwohnheim ersetzen. Dies bedeutet erstens, dass kein versprochener neuer Wohnraum entsteht, denn im alten Schwesternwohnheim waren deutlich mehr Menschen untergebracht und zweitens wirft dies die Frage auf, ob in diesem Falle die Rhön AG für die Kosten aufkommt? Oder profitiert hier der private Betreiber des Uniklinikums auch noch aus öffentlichen Fördermitteln des Landes und der Stadt? Auch hierzu hat die Marburger Linke einen Vorschlag eingebracht der kategorisch abgelehnt wurde, nämlich die Schaffung eines Schwestern- und Studentenwohnheims auf dem Gelände der Sonnenblickklinik, was ursprünglich sogar auf einen Beschluss der StVV zurückging. Zu guter letzt steht die Frage immer noch unbeantwortet im Raum, weshalb sich die Stadtoberen gegen ein Wohnraumförderkonzept wehren, denn ohne ein solches gibt es keine Zuschüsse von Land und Bund für den öffentlich geförderten Wohnraum.

Nun bietet sich für die Marburger Bürger_innen jedoch eine Chance - denn es ist Wahlkampfjahr, sowohl die

Bundes- und Landtagswahlen stehen an, was doch hoffen lässt, dass neben vielen Versprechen auch das ein oder andere in die Tat umgesetzt wird. Wenn im Zuge dessen in Marburg tatsächlich der so dringend benötigte Wohnraum entstehen sollte und dies nicht allein im Interesse der Gewinnmaximierung, dann hätte sich der Wahlkampf für den einen oder anderen Marburger gelohnt!

Bertolt Brecht: Resolution der Kommunarden

In Erwägung unserer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten soll'n.

Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
in Erwägung, dass wir nicht mehr Knecht sein woll'n.

In Erwägung, dass Ihr uns dann eben
mit Gewehren und Kanonen droht,
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, dass wir hungrig bleiben,
wenn wir dulden, dass Ihr uns besteht,
wollen wir mal feststell'n, dass nur Fensterscheiben
uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.

In Erwägung, dass Ihr uns dann eben
mit Gewehren und Kanonen droht,
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, dass da Häuser stehen,
während Ihr uns ohne Bleibe lasst,
haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen,
weil es uns in uns'ren Löchern nicht mehr passt.

In Erwägung, dass Ihr uns dann eben
mit Gewehren und Kanonen droht,
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, es gibt zuviel Kohlen,
während es uns ohne Kohlen friert,
haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen,
in Erwägung, dass es uns dann warm sein wird.

In Erwägung, dass Ihr uns dann eben
mit Gewehren und Kanonen droht,
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, es will Euch nicht glücken,
uns zu schaffen einen guten Lohn,
übernehmen wir jetzt selber die Fabriken,
in Erwägung, ohne Euch reicht's für uns schon.

In Erwägung, dass Ihr uns dann eben
mit Gewehren und Kanonen droht,
haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, dass wir der Regierung,
was sie immer auch verspricht, nicht trau'n,
haben wir beschlossen, unter eig'ner Führung
uns ein gutes Leben aufzubauen.

In Erwägung, Ihr hört auf Kanonen,
and're Sprachen könnt Ihr nicht versteh'n,
müssen wir dann eben, ja das wird sich lohnen,
die Kanonen auf Euch dreh'n.

V.i.S.d.P.: DKP Marburg